



Holcim – Vom Geschäft mit Kiesgruben mitten in Bogotá

Im Süden von Bogotá, in Ciudad Bolívar, betreibt Holcim eine Kiesgrube. Dieser Materialabbau führt in diesem dicht besiedelten Gebiet zu massiven Umwelt- und Gesundheitsproblemen für die lokale Bevölkerung. Verschlimmert hat sich die Situation, als der Fluss Tunjuelo 2002 über die Ufer trat und die Kiesgruben überflutete (die ask! berichtete). Zurück blieben übel riechende „Baggerseen“, und bis heute streiten sich Stadt und Bergbaukonzerne über die Folgekosten. Cemex und Holcim haben Anfang 2009 eine Ausdehnung der Abbauaktivitäten beantragt. In Ciudad Bolívar wächst jedoch der Widerstand gegen diese Bergbauaktivitäten mitten in der Stadt.

In den 50er Jahren wurde in der Nähe des Flusses Tunjuelo das erste Mal Material abgebaut, in kleinem Stil für umliegende Bauprojekte. Damals war der Tunjuelo noch ein frei fließender Fluss mit vielen Mäandern, und nicht der eingekesselte Kanal von heute, der gerade durch die Stadt fließt. Ende der 60er Jahre war der Abbau schon deutlich fortgeschritten, mit tiefen Gruben, und später kamen sogar Internationale Zementkonzerne wie Holcim und Cemex dazu. Der Fluss begann bald das Geschäft zu stören und wurde kanalisiert. Nach unüblichen starken Regenfällen im Páramo Sumapaz trat der Tunjuelo im Jahr 2002 über die Ufer und flutete - welche Ironie - die Kiesgruben der Zementwerke, die seinen Lauf so stark beeinflusst hatten. Die Firmen haben den Distrikt Bogotá auf Schadenersatz von 400 Milliarden Pesos verklagt. Die Direktion für die Prävention von Katastrophen von Bogotá hatte zwischen 1998 und 2007 alleine in Ciudad Bolívar 11 Milliarden Pesos zur Stabilisierung von Kies- und Lehmgruben ausgegeben, während die Einnahmen des Distrikts aus den Bergbautantiemen lediglich 1,3 Mia. betragen.

Eine Stadtrat von Bogotá verlangt nun, Bergbauaktivitäten in urbanen Zonen zu verbieten. In keiner anderen Hauptstadt Lateinamerikas gebe es derart grosse Bergbauaktivitäten wie in Bogotá. Experten des Distrikts und auch unabhängige Gutachten kamen zum Schluss, dass die Wände (taludes) der Minen und Kiesgruben extrem instabil seien und bei starken Regenfällen zu einer Gefahr würden. Spezielle Sorge bereitet den Verantwortlichen die Situation bei einem grossen Erdbeben, wo grosse Erdbeben zu erwarten wären, möglicherweise mit Tausenden von betroffenen Häusern. In Villa Jaqui gab es im Mai 2009 einen Erdbeben, in unmittelbarer Umgebung der Kiesgruben von Holcim und Cemex. Zwei Hauptverkehrsachsen die Bogotá mit dem Süden und Südosten des Landes verbinden, liegen nur ca. 50 Meter von den einsturzgefährdeten Grubenwänden entfernt. Der besagte Stadtrat sagt, dass ein Verbot der Kiesgewinnung in Ciudad Bolívar kein Problem wäre und sich die Kosten für die Bauwirtschaft nicht erhöhen würden, da genug Material in den Llanos orientales gewonnen werden könne und der Transport nach Bogotá nicht ins Gewicht falle.

Die Fundación San Antonio, Cemex und Holcim wollen demgegenüber den Abbau von Sand und Kies ausdehnen und verlangen eine Ausdehnung des "parque minero" um 98 Hektaren (von 319 auf 417 Ha), um weitere 350 Mio. Kubikmeter Material abzubauen. Obwohl die Bevölkerung dagegen opponiert, hat das Projekt fast alle notwendigen Zustimmungen erhalten. Das Umweltministerium hat seine Zustimmung gegeben, ebenso erteilte die Bergbaubehörde Ingeominas den notwendigen Bergbautitel. Das Verteidigungsministerium war sogar bereit, die Artillerieschule zu verlegen, da sich unter diesem Grundstück des Verteidigungsministeriums der Hauptteil des begehrten Materials befindet. Einzig ein

Memorandum of Understanding zwischen dem Bürgermeisteramt und den drei Firmen fehlt noch: die Stadt verlangt, dass die Firmen zuerst die Schadenersatzklagen wegen der Überschwemmung 2002 zurückziehen sollen, bevor sie die Einwilligung geben werde. Die Firmen beharren darauf, dass sie zuerst die Bewilligung wollen, und erst dann die Klagen fallen lassen würden. Die Firmen lehnen auch die Bedingung der Stadt ab, dass 5% des abgebauten Materials gespendet werden soll, um die Strassen dieses Stadtteils zu unterhalten. Sie seien lediglich bereit, es der Stadt billig zu verkaufen. Die Firmen sind ebenfalls nicht bereit, den Distrikt für die Bekämpfung der Folgen der Überschwemmung (Insektenplage, üble Gerüche, Krankheiten) zu entschädigen, das sei Aufgabe des Staates. Tatsache ist, dass der Staat seine Aufsichtspflicht verletzt hat und deshalb der Tunjuelo Fluss zu stark geschädigt wurde, so dass es zur Katastrophe kommen konnte. Andererseits haben die Firmen diese Arbeiten am Fluss aus Profitgier durchgeführt und habe so die Schäden direkt verursacht. Der Distrikt verlangt auch, dass gewisse Umweltauflagen erfüllt würden, die ein umfassendes Umweltmanagement des Tunjuelo Fluss ermöglichen würden. Die Firmen müssen einen Umweltmanagementplan vorlegen. Kritiker des Ausbaus der Kiesgruben bemängeln, dass der Distrikt lediglich von den Unternehmen verlange, was diese gemäss Gesetz sowieso tun müssten. Der weitere Materialabbau hätte auch eine erneute Verschiebung des Flusslaufes zur Folge.

Stadträte vom Polo Democrático und der Grünen Partei wehren sich zusammen mit der organisierten Bevölkerung gegen den weiteren Abbau, bisher mit mässigem Erfolg. Die Regierung setzt voll auf den Bergbau für die Entwicklung und hat mit Änderungen am Bergbaugesetz die Bergbauaktivität in städtischem Gebiet ermöglicht und viele bisherige Aktivitäten legalisiert. Viele Leute fragen sich, wie eine linke Stadtregierung diesen Abbau von Materialien weiter toleriert, wenn man die bescheidenen Einnahmen und die hohen Risiken und Folgekosten bedenkt. Die Distrikt- oder Stadtregierung sei auch nicht gezwungen, die Forderungen des Konzerne einfach so zu schlucken: unabhängige Experten sind der Meinung, dass die Stadt die gegen sie gerichteten Schadenersatzklagen gewinnen könne. Zudem wird aktuell der Zonenplan überarbeitet, und das Verfassungsgericht hat in einem Urteil klar festgehalten, dass Städte Bergbau im urbanen Gebiet verbieten dürfen. Die Überarbeitung des Zonenplanes wäre also eine gute Gelegenheit. Zudem handelt es sich bei der Fläche, die nun für die Ausdehnung der Kiesgruben verwendet wird, um eine wertvolle Reservefläche für sozialen Wohnungsbau. Schlimmer noch: die Artillerieschule muss umziehen und wird an einen Ort gehen, wo eigentlich genau Sozialwohnungen geplant wären, die der Süden von Bogotá so dringend benötigt.

Die Bewohner in Ciudad Bolívar befürchten aber nicht nur Erdbeben, sondern leiden auch unter der Umweltverschmutzung, v.a. unter Staubbelastung. Es sei aber ausserordentlich schwierig, die Krankheitsgeschichten der lokalen Bevölkerung zu erhalten, um Rückschlüsse auf die Ursachen diverser Krankheiten ziehen zu können. Ein Teil der Kiesgruben ist immer noch überflutet, die Insektenplage und damit die Krankheiten in der Bevölkerung bleiben bestehen. Zudem leiden die Häuser unter der Absenkung des Bodens, viele sind einsturzgefährdet, und auch die Strassen sind in einem schlechten Zustand. Diese Sedimentschichten des Tunjuelo Flusses sind für die Grundwasserversorgung wichtig, habe durch die tiefen Gruben diese Funktion aber schon zu einem grossen Teil eingebüsst. Zudem würden 90% der Bauaktivitäten mit Materialien aus Ciudad Bolívar getätigt, aber die lokalen Anwohner hätten keinerlei Nutzen daraus, klagten die Quartierverbände. Ihre Grundbedürfnisse seien mehrheitlich ungedeckt, es gebe keine Spielplätze, kaum Freizeiteinrichtungen und ungenügende soziale Einrichtungen. Die Bewohner sprechen gegenüber Reportern nur anonym, aus Angst vor Repressalien. Die Paramilitärs scheinen diese Quartiere zu kontrollieren und insbesondere die Arbeiter der Kiesgruben unterstehen einem Pakt des Schweigens. Die Arbeitsbedingungen werden als sehr schlecht beschrieben,

mit tiefen Löhnen, z.T. gibt es Akkordarbeit. Die wenigsten Arbeiter sind durch die Zementkonzerne direkt angestellt, sondern über Leih- und Vertragsfirmen, mit dementsprechend schlechten Löhnen und Sozialleistungen.

Stephan Suhner, Arbeitsgruppe Schweiz Kolumbien, 27. Dezember 2009